

Die Sanierung der Bundeskasse : Finanzpolitik im Strudel des Wahljahres

Autor(en): **Schläpfer, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **22 (1995)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909685>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Sanierung der Bundeskasse

Finanzpolitik im Strudel des W

Vor den Wahlen ist das Sparen noch schmerzhafter als sonst. Das dritte «Sparpaket» des Bundesrates ist vom Parlament arg zerzaust worden. Die bürgerlichen Parteien haben praktisch alle Mehreinnahmen verweigert. Ebenso werden strukturelle Sparmassnahmen, die ans Lebendige gehen, erst in der nächsten Legislaturperiode ergriffen. Denn niemand will vor den Nationalratswahlen vom 22. Oktober seine Klientel vor den Kopf stossen.

Peter Bodenmann, Präsident der Sozialdemokraten, wandelt auf den Spuren des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl: Er ist überzeugt, dass der sanfte konjunkturelle Aufschwung in ein kräftiges Wachstum übergehen

Martin Schläpfer

wird. Dies gebe dem Staat Gelegenheit, «gezielt zu sparen», ja «sogar Schulden abzubauen». Diese Voraussage erweist sich als kühn, wenn man bedenkt, wie schwer sich Bundesrat und Parlament bisher mit dem Sparen getan haben. Die vollmundige Ankündigung bürgerlicher Finanzexperten, das tiefrote Budget

1995 unter die Defizitschwelle von 6 Milliarden Franken zu drücken, erwies sich als falsch; das Budget passierte mit einem Minus von 6,1 Milliarden. In der Jahresrechnung 1994 klafft ein Loch von 5,1 Milliarden.

Keine Mehreinnahmen

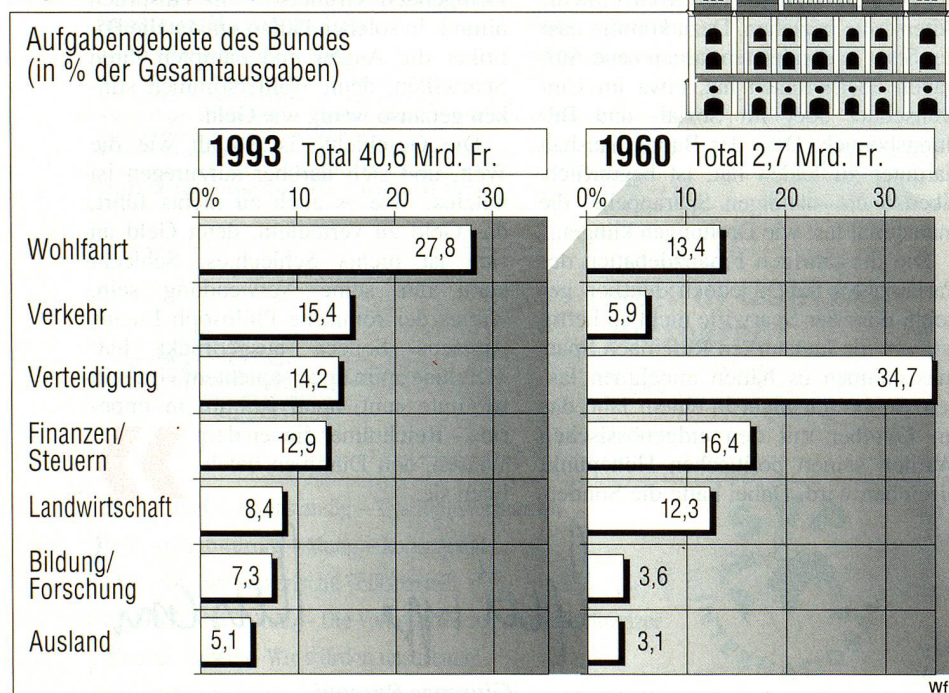
Der Bundesrat hatte gehofft, mit der dritten Sanierungsübung seit 1992 das jährliche Defizit in den Jahren 1996 bis 1998 auf rund 1,9 bis 4 Milliarden Franken reduzieren zu können. Dies durch erneutes kräftiges Drehen an der Steuer- und Abgabenschraube: 1,3 Milliarden Mehreinnahmen standen auf seinem

Wunschzettel. Doch Träume sind Schäume. Die drei bürgerlichen Regierungsparteien FDP, CVP und SVP haben die erneute Erhöhung des Benzinzolls um 15 Rappen pro Liter torpediert, ebenso die geplante Anpassung des Heizöl- und des Gaszolls sowie den Übergang zum Proportionaltarif bei der direkten Bundessteuer. Mit der letzten Massnahme wollte Finanzminister Otto Stich die kapitalkräftigen Branchen wie Banken und Versicherungen stärker zur Kasse bitten. So wird dem Pfeifenraucher Stich nur die Tabaksteuer künftig mehr einbringen. Doch jene 75 Millionen Franken sind bloss ein Tropfen auf den heissen Stein.

Grund für die bürgerliche Enthaltsamkeit bei den Einnahmen: Die Parteien haben Angst, die Wähler den rechtsoppositionellen Gruppierungen in die Arme zu treiben. Zudem hätten eine Erhöhung des Benzin- und des Heizölzolls auch beim Volk keine Chance gehabt, wenn das Referendum ergriffen worden wäre. Im Moment herrscht in breiten Kreisen helle Empörung wegen der kürzlich eingeführten Mehrwertsteuer. Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat zwar den raschen Systemwechsel gut bewältigt. Doch der Bundesrat weigert sich, gewisse Ungereimtheiten in der Verordnung rasch auszuräumen. Diese fiskalisch motivierte Sturheit könnte den ohnehin vorhandenen Unmut gegen die «Classe politique» nachhaltig verstärken, was bei Gelegenheit zu einer Entladung an der Urne führen könnte.

Die Abwartetaktik der Bürgerlichen hat auch ein finanzpolitisches Element. Noch kann niemand exakt vorhersagen, wieviel die Mehrwertsteuer effektiv zusätzlich abwirft. Umstritten ist auch Otto Stichs These, das strukturelle Defizit belaufe sich auf 4 Milliarden Franken. Darunter versteht man jenes Defizit, das nicht konjunkturell bedingt ist, also Ausgaben, die nicht durch gesicherte Steuereinnahmen abgedeckt sind. SP-Nationalrat Rudolf Strahl wie auch FDP-Nationalrat Gerold Bühler, beides Finanzexperten, schätzen diese Zahl erheblich tiefer ein. Wenn also die Konjunktur wieder kräftig wüchse, würde das Defizit rasch abgebaut.

Wohin fliessen die Bundesmittel



Wahljahres

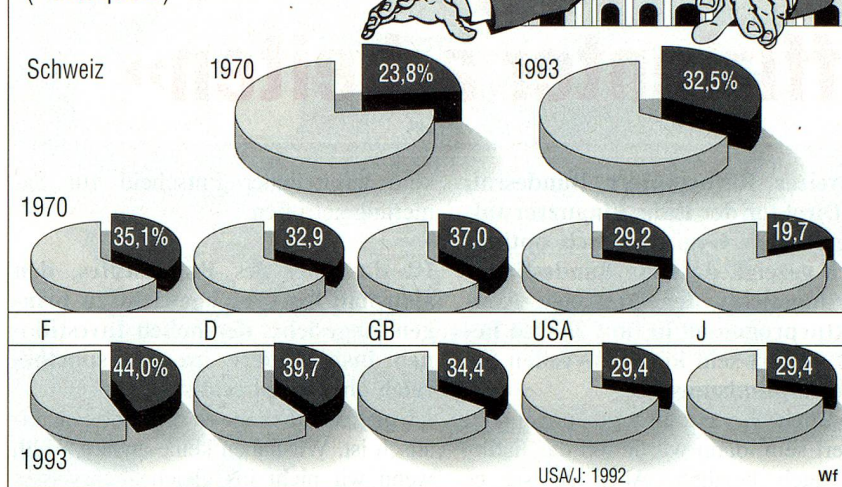
Zudem: Bundesrat und Parlament haben den Sparbeweis noch nicht angetreten. Im Moment ist das Parlament damit beschäftigt, die Ausgaben-Auswüchse der letzten Boomphase zu eliminieren. Gemäss OECD ist die Fiskalquote der Schweiz stärker gewachsen als anderswo; USA und Japan liegen heute, was den Staatsanteil am Bruttoinlandprodukt betrifft, deutlich tiefer (siehe nebenstehende Grafik). Doch das relativ günstige Steuerklima ist einer der letzten echten Standortvorteile der Schweiz im brutalen Konkurrenzkampf mit dem Ausland.

Divergierende Interessen

Das Sparpaket löst per 1997 bei Ausgaben von rund 46 Milliarden nur gerade einen Spareffekt von fünf Prozent aus. Zudem sagt der Finanzplan nicht die ganze Wahrheit. Insbesondere die Sanierung der SBB und der Bundespen-

Der Staat greift zu

Abgabenbelastung in Prozent des Bruttoinlandprodukts (Fiskalquote)



In der Schweiz ist die sogenannte Fiskalquote seit anfangs der siebziger Jahre deutlicher gestiegen als in andern Ländern: Der Anteil der Steuern und obligatorischen Sozialversicherungsbeiträge in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) kletterte auf gegen ein Drittel des BIP.

sionskasse, aber auch die Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Aufgaben an die PTT hat Stich noch ausgeklammert.

Fatal ist: Die Bundesratsparteien reden zwar alle vom Sparen, doch ihre Ziele sind längst nicht kongruent. Die Sozialdemokraten attackieren die Bürokratie in der Landwirtschaft und beim Militär, die Kartelle und die Submissionsprofiteure, doch sie sind nicht zu Abstrichen bei den Sozialausgaben bereit. Die Schweizerische Volkspartei verlangt massive Kürzungen bei den Auslandbeziehungen, dem Asylbereich und den Arbeitslosen, hält jedoch die schützende Hand über den Nährstand. Jeder verteidigt seine Klientel.

Nach den Wahlen wird man gleichwohl über strukturelle Massnahmen reden. «Lean administration» heisst das Zauberwort. Allerdings sollen nicht nur die Regierung schlagkräftiger und die Verwaltung effizienter werden, auch föderalistischen Doppelspurigkeiten wird der Kampf angesagt. Der Finanzausgleich soll reformiert werden. Schliesslich wird der Bundesrat auch die Frage beantworten müssen, wie das gigantische Infrastrukturprojekt Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) mit zwei Ästen, Lötschberg und Gotthard, zu finanzieren ist.

Die Zeit der knappen Kassen böte eine echte Chance, überfällige Reformen anzupacken und dürre Äste am Staatsgebilde zu kappen. So wünschenswert eine boomende Konjunktur wäre – sobald das Geld wieder in der Bundeskasse klingelt, dürfte jeder Reformeifer erlahmen. ■

Ebbe in der Staatskasse

Ausgabenüberschuss von Bund, Kantonen und Gemeinden

